



**lakog niedersachsen**

Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten  
an Hochschulen in Niedersachsen

To whom it may concern

**Vorstand**

Jutta Dehoff-Zuch  
Brigitte Just  
Dr. Silvia Lange

**Geschäftsstelle lakog niedersachsen**

Henriette Lier  
c/o Hochschule Hannover  
Bismarckstr. 2  
30173 Hannover

[lakog-niedersachsen@hs-hannover.de](mailto:lakog-niedersachsen@hs-hannover.de)

Tel.: 0511/9296-2135

[www.lakog-niedersachsen.de](http://www.lakog-niedersachsen.de)

Hannover, 06.01.2020

**Stellungnahme der Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen  
in Niedersachsen zu den geplanten globalen Minderausgaben**

Die Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen in Niedersachsen (lakog niedersachsen) nimmt hiermit als offizielle Vertretung der niedersächsischen Hochschulgleichstellung die Möglichkeit der schriftlichen Stellungnahme zu den vom Land Niedersachsen geplanten globalen Minderausgaben wahr.

Die lakog niedersachsen spricht sich, wie die LandesHochschulKonferenz (LHK), entschieden gegen die geplanten Kürzungen im Hochschulwesen aus. Nach aktuellen Plänen der niedersächsischen Landesregierung sollen die Hochschulen 2020 mit 17,4 Millionen Euro sowie in den Folgejahren ab 2021 mit 24,7 Millionen Euro einen Teil der globalen Minderausgaben im Landesetat mittragen.

Die Kürzungen stehen der – durch Unterzeichnung des Hochschulentwicklungsvertrags im Jahr 2013 und dessen Fortschreibung bis 2021 – zugesicherten finanziellen Planungssicherheit für die Hochschulen entgegen. Auch im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU von 2017 ist den Hochschulen eine planbare und stabile Grundfinanzierung zugesichert wurden. Die massiven Einschnitte durch das Ministerium für Wissenschaft und Kultur bei der Grundfinanzierung der Hochschulen steht im Gegensatz zu bundesweiten Entwicklungen; Bundesländer wie Bayern oder Baden-Württemberg erhöhen ihre Etats für den Wissenschaftsbereich.

Die lakog niedersachsen befürchtet darüber hinaus, dass die Absenkung der Grundfinanzierung auch die gleichstellungspolitischen Handlungsspielräume der Hochschulen einschränken wird und dass in einer Zeit, in der das Gleichstellungsranking des Center of Excellence Women and Science konstatiert, dass Niedersachsen von Bundesländern wie Berlin, Brandenburg, Hamburg und Schleswig-Holstein gleichstellungspolitisch weiter abgehängt wird. Angesichts des Abfalls in die Mittelmäßigkeit benötigt Niedersachsen eine gleichstellungspolitische Offensive, um zu den aus Gleichstellungsperspektive erfolgreichen Bundesländern aufzuschließen.

Die Kürzungen im niedersächsischen Wissenschaftssystem sind aus Perspektive der Wettbewerbs- bzw. Konkurrenzfähigkeit mit anderen Bundesländern das falsche Signal.

Sie wiesen 2013 bei Unterzeichnung des Hochschulentwicklungsvertrags mit den Hochschulpräsident\_innen darauf hin, dass es vorrangiges Ziel des Landes Niedersachsen sei, der wachsenden Zahl von studienberechtigten Personen ein Studium an einer niedersächsischen Hochschule zu ermöglichen, Chancengleichheit zu schaffen und die Potentiale junger Generationen in Niedersachsen umfassend zu fördern und zu nutzen. Versuchen die Hochschulen ihr Defizit durch den Abbau von Studienplätzen zu kompensieren, fallen – statt Bildungsexpansion – mit der Absenkung der Grundfinanzierung in Niedersachsen laut LHK ungefähr 6000 Studienplätze weg. Die Iakog Niedersachsen befürchtet, dass die Reduzierung der Studienplätze auf Kosten bildungsferner Schichten und möglicherweise auch zu Lasten von Frauen geht.

Kürzen die Hochschulen bei den Personalkosten, so würde die Umsetzung der globalen Minderausgabe zu dem Abbau einer erheblichen Anzahl wissenschaftlicher Mitarbeiter\_innen-Stellen führen, der sich vor allem zu Ungunsten von Nachwuchswissenschaftlerinnen auswirkt – nach der LHK – stehen dann mehr als 200 Stellen von Nachwuchswissenschaftler\_innen zur Disposition. Da im wissenschaftlichen Mittelbau deutlich mehr Frauen als Männer befristet beschäftigt sind, würden Stellenkürzungen dann vor allem zu Lasten der befristet beschäftigten Frauen gehen, das Problem des Karriereausstiegs in der Postdoc-Phase verschärfen und die Gleichstellungspolitik des Landes und der Hochschulen konterkarieren.

Wir bitten darum, dass die Position der Iakog Niedersachsen Berücksichtigung findet.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
Der Vorstand der Iakog Niedersachsen



Jutta Dehoff-Zuch

Brigitte Just

Dr. Silvia Lange